

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Sebnitzort, Marienau, den Müllengrund, Rübshappel und Tirschnitz.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— M., monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— M., vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 1,50 M., für auswärtige Besteller mit 1,75 M. berechnet. Im Restame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 3,50 M., für Auswärtige 4.— M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postkontonummer Leipzig 86 897.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 5

Freitag, den 6. Januar 1922

72. Jahrgang

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben am **Sonntag, dem 7. Januar 1922,** die Gemeinde-, Spar- und Girokasse sowie die Steuer-einnahme, und am **Montag, den 9. Januar 1922,** die Registratur, das Standesamt, das Polizei- und Einwohnermeldeamt und das Lebensmittelamt **für den Publikumsverkehr geschlossen.** Dringende Standesamtsangelegenheiten werden am **Montag, den 9. Januar 1922,** vormittags von 9—10 Uhr erledigt. **Sobndorf, am 3. Januar 1922.**
Der Gemeindevorstand.
Schuster.

Kurze wichtige Nachrichten.

Die Nachricht, daß das amerikanische Parlamentsmitglied Houghton endgültig zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannt und daß Drexler abberufen sei, trifft nicht zu. Solange in Cannes noch keine endgültige politische Neuorientierung vereinbart ist, wird auch die amerikanische Regierung nicht durch Ernennung eines Botschafters in Berlin neue Lastraden schaffen wollen.

„Manchester Guardian“ berichtet, daß Keynes ein neues Buch geschrieben habe: „Eine Revision der Verträge“. Das Buch behandle u. a. das Reparationsproblem in der augenblicklichen Gestalt.

Nach einer Meldung aus Essen beginnt die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet sich auszudehnen. Gestern fanden im Revier 20 Versammlungen statt. In allen Versammlungen wurde mit ungeduldigster Festigkeit der allgemeine Streik gefordert, falls die Forderungen bis 15. Januar nicht angenommen sind. Die ganze Bewegung hat starken kommunistischen Einschlag. Mehrere Kassen hielten aufreizende Reden.

Der „Baseler Anzeiger“ meldet aus Paris: Die französischen Gewerkschaften haben neue Bedingungen hinsichtlich des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete gestellt, nach denen Deutschland nur 10 Prozent der in den Aufbaugebieten tätigen Arbeiterschaft stellen darf. Am 1. Januar waren bisher in der 1. Zone tätig 18 000 Franzosen, 12 000 Belgier und 8000 Arbeiter der slawischen Bevölkerung.

Der Dollar ist wieder im langsamen Steigen begriffen; an der gestrigen Berliner Börse stand er 201.

Die Kohlenversorgung Bayerns hat einen bisher nie dagewesenen Tiefstand erreicht. Es hat eine Abnahme der Zufuhren einzelnt, die die schlimmsten Zeiten der Kohlenversorgung noch übertrifft.

Die Saale ist in der Nähe von Jena und Rudolstadt aus den Ufern getreten. Infolge des Hochwassers der Letztart mußte der Hauptverkehr Rothenburg—Saitau eingestellt werden. Auch aus anderen Teilen Thüringens kommen Hochwassermeldungen.

Von der Hoch-Eifel und der Schnee-Eifel werden große Schneefälle gemeldet. Eine große Anzahl Ortschaften sind völlig eingeschneit und von jedem Verkehr abgeschnitten.

In Belfast haben sich gestern Straßenkämpfe abgepielt, die als die heftigsten in der Geschichte dieser unruhigen Stadt bezeichnet werden. Das Militär griff mit Panzerwagen ein, und es löbte mehrere Straßenzüge mit Maschinengewehrfeuer. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt worden.

Deutsches Reich.

168 Milliarden Defizit in neun Monaten.

Berlin. Zuverlässig wird uns gemeldet: Die Ausgaben des Reiches im Quartal Oktober, November, Dezember vorigen Jahres sind um generell 40 Prozent höher als die Einnahmen im gleichen Zeitraum. Der gesamte Abschluß für den Reichshaushalt April—Dezember ergibt damit einen ungedeckten Betrag von rund 168 Milliarden Mark.

Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin.

Wie wir erfahren, dürfte die von der Kölnischen Zeitung angekündigte Konferenz der Ministerpräsidenten aller Länder mit dem Reichskanzler Dr. Brüning stattfinden. Und zwar soll sie im Laufe des Januar in Berlin zusam-

mentreten und sich mit der gesamten innen- und außenpolitischen Lage beschäftigen. Gestern vormittag trat der Reichsratsausschuß zu einer Sitzung zusammen, in der über die Etats verschiedener Ministerien beraten wurde.

Die Antwort an die Regierungskommission.

Wie W.F. erfährt, hat die deutsche Kriegslastenkommission am 4. Januar abends der Reparationskommission eine Note überreicht; darin wird die Uebermittlung von Material zu den von der Reparationskommission in ihrer Note vom 2. Dezember aufgeworfenen Fragen angekündigt. Im übrigen wird die Annahme ausgedrückt, daß mit Rücksicht auf den Zusammenhang der in der Note der Reparationskommission vom 16. Dezember gestellten Fragen mit den den Gegenstand von Besprechungen des Obersten Rates bildenden Angelegenheiten die deutsche Regierung auf keinen Widerstand stoßen werde, wenn sie sich gegenwärtig weiterer Äußerungen zu diesen Angelegenheiten enthalte.

Der Kampf um die Flagge.

Nachdem nunmehr die Handelsflagge mit der Gösch zwangsweise eingeführt worden ist, hat die alte schwarz-weiß-rote Flagge keinerlei amtlichen nationalen Charakter, sondern ist frei von jeglichem Gebrauch. Daraufhin haben die deutschen Reederei, wie wir hören, den Zusammenschluß zu einem einzigen großen Verband ins Auge gefaßt und wollen als Verbandsflagge die alte Schiffsflagge führen. Fortan würde also im Hed oder an der Gaffel die Novemberflagge wehen, im Großtopp aller deutschen Handelsschiffe die alte Reichsflagge schwarz-weiß-rot.

Die Nachprüfung der Reichsgerichtsurteile.

Auf seiner letzten Sitzung im August 1921 hat der Oberste Rat beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die über die reichsgerichtlichen Entscheidungen gegen die Kriegsschuldigen Gutachten abgeben soll. Diese Kommission ist jetzt eingesetzt worden. Ihre Mitglieder sind: Justizminister Bonnevog, Generalanwalt beim Kassationshof Mater, der als Beauftragter Frankreichs der Verhandlung gegen General Staenger beigewohnt hat, Sir Alfred Pollock und Henrich für England, Raimont für Italien und Servoy und van Eloid für Belgien. Die Kommission wird am Freitag ihre erste Sitzung am Quai d'Orsay abhalten.

Toppelt hält besser!

Von einer den Regierungstreuen nahestehenden Korrespondenz wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der kürzlich erwähnte republikanische Majestätsbeleidigungspatragaph aus dem Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums stammt. Er darf nicht mit einem im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Gesetzentwurf zum Schutze der Republik verwechselt werden, dessen Veröffentlichung ebenfalls in einigen Tagen erwartet werden kann.

Das Eisenbahn-Elend.

Von einer mit den Verhältnissen bei der Eisenbahn und den zurzeit schwebenden Plänen vertrauten Seite ist dieser Tage in der Presse auf die bezeichnende Tatsache hingewiesen worden, daß die Eisenbahn in den 2 Jahren seit ihrer Uebernahme auf das Reich nahezu ihr gesamtes Buchkapital verwirkt habe, und daß das nach Abrechnung der durch Nachtragsetat 1921 fälligen ersten Rate zur Abzahlung des mit den Ländern vereinbarten Kaufschillings verbleibende Defizit in Höhe von 18,7 Milliarden Mark die gesamte, für das gleiche Jahr veranschlagte Einkommensteuer von 12 Milliarden verschlinge. Diese Tatsache beleuchtet besser als alle die spaltenlangen Artikel in Presse und Literatur, wie sehr der Einzelne durch den unaufhaltsam scheinenden wirtschaftlichen Abstieg der Eisenbahn in Mitleidenschaft gezogen wird. Im Frieden ein achtunggebietendes Unternehmen von glänzender Rentabilität, unentbehrlich auch zur Fällung des allgemeinen Staatszwecks, ist die Eisenbahn binnen wenigen Jahren ein morsches und für den Wiederaufbau der deutschen Finanzwirtschaft gefährliches Gebilde geworden. Trotz aller Tarifserhöhungen wird das Jah ohne Boden immer größer und der Steuerzahler wird letzten Endes immer wieder gezwungen, für das neuentstandene Defizit seinen Kopf in den Sack zu stecken. Man sollte meinen, daß dieser Hinweis allein schon genügen

müßte, um auch der großen Masse unseres Volkes zum Bewußtsein zu bringen, daß es höchste Zeit ist, mit energischen Maßnahmen vorzugehen und die Eisenbahn wieder auf eigene, von der Leistung der Steuerzahler unabhängige Füße zu stellen.

National-Republikanische Partei.

Unter dem Namen „National-Republikanische Partei“ hat sich in Hamburg eine neue Organisation gegründet, die in ihrem Programm erklärt: Die Nationalrepublikaner sind deutschbewußte Republikaner, die in der im rein nationalen Sinn umgebauten Republik das Ziel ihres politischen Programms sehen. Die Nationalrepublikanische Partei ist eine Partei des ganzen Volkes und nicht einer einzelnen Volksschicht. Sie will dahin wirken, daß sich das deutsche Volk in seinen beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Vereinigungen auf dem Boden des Nationalen, d. h. des Volksgedankens, zusammenschließt, und daß die nationalen Deutschen und ihre Vereinigungen eine wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit auf dem Boden der solidarischen Volksgemeinschaft bilden. Die Partei vertritt unter nationaler Gesinnung nicht mehr wie im früheren Staate das Belieben und die Treue zu einem Herrscher, sondern das Belieben und die Treue zum ganzen Volke und zur Nation. Die heutige Republik mit internationalen volksfremden Gedanken lehnt sie entschieden ab.

Die zunehmende Berseuchung Polens.

Die sanitären Verhältnisse des zusammengebrochenen russischen Kaiserreiches haben von jeher eine äußerst strenge Bewachung der deutschen Ostgrenze und einen ganz speziellen Kontrolldienst notwendig gemacht, dem die Aufgabe zufiel, die Einschleppung von Seuchen nach Deutschland zu verhindern. Die Maßnahmen, die von der deutschen Regierung getroffen worden waren, haben auch den Erfolg gehabt, daß in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Kriege keine nennenswerte Epidemie aus Rußland eingeschleppt worden ist. — Der Friedensvertrag von Versailles gab Deutschland im Osten einen neuen Nachbarn, und durch die Einverleibung großer deutscher Gebiete in den polnischen Staatskörper glaubte man, diesem genügend Kultur eingeimpft zu haben, daß er als Seuchenerbder für das übrige Europa nicht mehr in Betracht kommen konnte. Während früher die natürlichen Grenzen zwischen Deutschland und Rußland einer wirksamen dauernden Kontrolle sehr zuträglich kamen, machen die durch den Friedensvertrag gezogenen Grenzen die ständige Beaufsichtigung äußerst schwierig, und schon kurze Zeit nach der Besitzergreifung der deutschen Gebiete durch Polen konnte man feststellen, daß sich nicht nur hier die Seuchen breitmachten, die von jeher ein Merkmal Asiens und des europäischen Rußland gebildet haben, sondern daß diese Krankheiten auch in Deutschland viel häufiger als zuvor auftraten. Gewiß mögen sie teilweise von den entlassenen deutschen Soldaten eingeschleppt worden sein; sicher ist aber, daß das besonders auffällige Auftreten von Malaria in den deutschen Ostprovinzen auf die Nachbarschaft Polens zurückzuführen ist. Die Gefahr, die hierin liegt, wird jetzt dadurch um ein Vielfaches vergrößert, daß die polnischen Rückwanderer, die nach dem russisch-polnischen Friedensvertrage zurückzuführen sind, aus dem unter der Bolschewijensherrschaft durch und durch verseuchten Rußland die anstehenden Krankheiten in erschreckendem Umfang mitbringen und verbreiten. Die polnische Presse dringt aus einigen besonders gefährdeten Bezirken Zahlen, die die gefährliche Lage scharf beleuchten. So ist z. B. im Kreis Rogowgrad nicht eine Gemeinde seuchenfrei. 29 bis 54 Fälle von Rückfallfieber werden aus einzelnen kleinen Dörfern gemeldet. Todesfälle unter der Artzeitschaft gehören zu den Alltäglichkeiten. Dabei ist das Vordringen der Gefahr nach Westen genau zu beobachten. Der Przeglad meldet, daß sich Warschau bereits in Gefahr befindet, und tatsächlich hat auch der Warschauer Magistrat sich veranlaßt gesehen, die Bevölkerung zur Mitarbeit an der Seuchenbekämpfung aufzufordern. Bei dem regen Verkehr zwischen Kongregpolen und Deutschland ist es von Warschau nach Deutschland nur ein Schritt, und es ist dringend erforderlich, daß die deutschen Behörden ihr schärfstes Augenmerk auf die